

SkB Droste erläuterte kurz die Hintergründe des Antrages. Abg. Eichner bekräftigte, dass alles getan werden müsse, um Kinderarmut entgegenzuwirken, sah aber keine Notwendigkeit für eine solche Konferenz Haushaltsmittel bereit zu stellen. Vielmehr solle sich die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden dieses Problems annehmen, sofern dies nicht ohnehin der Fall sei. Möglicherweise sei auch eine Strategiekonferenz sinnvoll, bei der erarbeitet werde, was der Kreis evtl. noch mehr tun könne. Ob hierfür Mittel erforderlich seien, ergebe sich aber aus Gesprächen zwischen der Verwaltung und den Wohlfahrtsverbänden.

Abg. Küpper schlug vor, die Verwaltung könne dieses Thema auch mit Fachleuten des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) aufbereiten bevor der Kreistag einen Beschluss fasse. Abg. Deussen-Dopstadt schloss sich dem an und führte aus, dass das Landesjugendamt bereits kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut initiiert habe. Hierbei gebe es verschiedene Modellprojekte gegen Kinderarmut auch im Rhein-Sieg-Kreis. Sie hielt es nicht für erforderlich, einen Ansatz im Haushalt zu verankern, um dieses Thema neu zu besetzen, da es bereits jetzt auf den vielfältigen Ebenen des Jugendamtes Thema sei. Sie schlug vor, auf die vom Landesjugendamt des LVR angebotenen Fortbildungen zurückzugreifen und eventuell einen Referenten des LVR in eine Sitzung des Sozialausschusses einzuladen.

Dezernent Schmitz wies darauf hin, dass das Thema „Kinderarmut“ perspektivisch auch in die Sozialplanung einfließen werde. Dabei werde es allerdings zunächst darum gehen, anhand von für die einzelnen Sozialräume aufzubereitenden Daten genau erkennen zu können, wo und wie Kinderarmut im Rhein-Sieg-Kreis vorhanden sei. Zu dieser Frage gebe es bisher kaum brauchbare Daten.

Abg. Schmitz hielt es für sinnvoll die ganze Thematik zu begleiten, wie es Dezernent Schmitz angerissen habe. Zusätzliche Haushaltsmittel hielt er nicht für erforderlich.

SkB Droste ging auf den Vorschlag ein, eine Fachkraft, zum Beispiel einen Referenten des LVR, einzuladen, um zu diesem Thema vorzutragen und stimmte dem zu. Abg. Eichner ergänzte, dass auch die Wohlfahrtsverbände einbezogen werden sollten.

Ltd. KVD Liermann fasste abschließend zusammen, es sei offensichtlich Intention des Ausschusses, das Thema „Kinderarmut“ auch im Sozialausschuss zu erörtern. Seitens der Verwaltung könne das Jugendamt angefragt werden, um in Erfahrung zu bringen, wer als geeigneter Referent in Frage komme. SkB Droste bestätigte, dass der Antrag sich damit erledigt habe.